

Bildungsherausforderungen in den Flüchtlingslagern Moria und Kara Tepe auf Lesbos

Ein Erfahrungsbericht¹

Das Recht auf Bildung auf Lesbos und im Flüchtlingslager Kara Tepe wurde spätestens seit dem Frühjahr 2021 verstärkt Thema. Damals schlug die Menschenrechts-Organisation *Pro Asyl Alarm*: „Die meisten Kinder von Geflüchteten sind in Griechenland vom Bildungssystem ausgeschlossen“, heißt es in einer Pressemeldung vom 28. April 2021. Und weiter: „Viele Flüchtlingskinder konnten über ein Jahr nicht am Unterricht teilnehmen, anderen war es nie möglich, sich überhaupt in einer Schule anzumelden. Die Lagerpolitik verletzt das Recht auf Bildung.“

Pro Asyl bezog sich dabei auf eine Studie der Partnerorganisation vor Ort, *Refugee Support Aegean*. Darin stellen die Initiator:innen fest, „dass die Corona-Pandemie genutzt wird, um schrittweise die Bildung von Flüchtlingskindern vom formellen griechischen Bildungssystem zu trennen. Lediglich zwei Kinder konnten das derzeitige digitale Unterrichtsangebot wahrnehmen. Die meisten lernen hauptsächlich alleine, mit ihren Eltern oder in selbstorganisierten Schulklassen in den Lagern.“ (Refugee Support Aegean 2021)

Bildungshindernisse durch die Asylverfahren

Das griechische Gesetz sieht vor, dass schulpflichtige Kinder sich innerhalb von drei Monaten nach ihrer Ankunft in Griechenland in einer Schule anmelden. In der Regel kommt es oft nicht dazu. Das

1 Dieser Beitrag zur Lage der Bildung für Schutzsuchende auf Lesbos und speziell in Moria und dem Folgelager Kara Tepe ist aus redaktionellen Gründen Anfang August 2021 erstellt worden. Die tägliche Entwicklung auf Lesbos ist so dynamisch, dass der Beitrag nicht beansprucht, in allen Details aktuell zu sein und sämtliche und jüngste Entwicklungen zu spiegeln. Dies ist dem Vorlauf der Publikation geschuldet und dem Autor wichtig zu betonen.

Leben in den Flüchtlingslagern auf dem Festland, vor allem aber auf den Inseln, die die meisten Schutzsuchenden als EU-Hotspots passieren müssen bzw. mussten, ist regelmäßig von Warten bestimmt. Bis zum ersten Interview und dem späteren Asylentscheid vergehen Monate, nicht selten sogar ein bis zwei Jahre. „Ende 2020“, so schreibt *Pro Asyl*, „waren unter den Schutzsuchenden in den griechischen Hotspots 3.800 Kinder im Schulalter. Von allen griechischen Unterbringungsstrukturen ist die Beschulungsrate in den Hotspots mit Abstand am niedrigsten.“ Allein im Lager Kara Tepe, wo nach der Brandkatastrophe vom 9. September 2020 in Moria aktuell 4.500 Menschen unterkommen (Stand Juli 2021), sind rund ein Drittel aller Menschen Kinder und Jugendliche, viele davon im schulpflichtigen Alter.

Wer aber vermag das Recht auf Schule und Unterricht für diese jungen Menschen einzuklagen und ihm zur Geltung zu verhelfen? Flüchtlingen und Asylbewerber:innen stehen eine Reihe von Rechten zu – im internationalen wie im europäischen Recht. Artikel 22 der Genfer Flüchtlingskonvention garantiert Flüchtlingen öffentliche Erziehung sowie Zugang zu gleichen Schulen und Studienmöglichkeiten wie Einheimischen. Art. 23 garantiert öffentliche Fürsorge, Hilfeleistungen und eine Behandlung, wie sie auch den eigenen Staatsangehörigen zukommt. Als neutraler Beobachter braucht man nicht Jura studiert zu haben, um zu erkennen, dass in den EU-Hotspots systematisch Menschenrechte verletzt werden. Trotzdem verschlimmert sich die Lage gerade in puncto Bildung von Jahr zu Jahr. Falls nicht bald gehandelt wird, könnten insbesondere Kinder in Kara Tepe und den EU-Hotspots als eine verlorene Generation in die europäische Geschichte eingehen.

Lageralltag: Mangel und Ausschluss vom digitalen Lernen

Ich recherchiere auf der sogenannten Balkanroute seit 2017, auf Lesbos seit 2018 regelmäßig. Dort können die allermeisten Kinder im Flüchtlingslager keine staatlichen Einrichtungen und damit keine formellen Bildungsangebote besuchen. Dies hat aktuell auch und insbesondere mit den Folgen von Corona zu tun. Pandemiebedingte Bewegungsbeschränkungen machen es Kindern und Jugendlichen extrem schwer, am öffentlichen Leben und an informellen Angebo-

ten teilzunehmen. Aufgrund extrem restriktiver Ausgangsbeschränkungen für das Lager Kara Tepe auf Lesbos (lange Zeit nur einmal in der Woche für vier Stunden am Tag und für wenige Hundert Lagerbewohner pro Tag) verbringen Kinder und Jugendliche oft den ganzen Tag im Lager. Dort fehlt es an Möglichkeiten zum Spielen und ungestörten Lernen. Während weltweit auf digitales Lernen umgestiegen wird, haben die Flüchtlingskinder von Lesbos kaum derartige Möglichkeiten. In Kara Tepe fehlte bis in den Sommer 2021 hinein jedenfalls eine flächendeckende Internetverbindung mit WLAN-Hotspots. Obwohl technisch möglich, schafft es Europa sechs Jahre nach 2015 nicht, den Menschen im Lager flächendeckendes WiFi zur Verfügung zu stellen. In Moria zuvor war dies ähnlich. Oft waren drei Stunden Strom am Tag das Höchste der Gefühle. Tafeln, Stifte, Papier – alles, was Unterricht ausmacht, gab es dort nur als Mangelerscheinung.

Bildungsnot als Ergebnis systematischen Wegschauens

Am Beispiel von Moria lässt sich belegen, wie sich seit 2015, als Lesbos vermehrt in den Fokus der internationalen Öffentlichkeit geriet, die Bedingungen für Bildungsmöglichkeiten stetig verschlechtert haben. Stattdessen griffen Unsicherheit, Kriminalität und Gewalt um sich, die in der Brandnacht vom 8. auf den 9. September kulminierten.

Die Studie *Der Moria-Komplex*, die der Rechts- und Politikwissenschaftler Maximilian Pichl im Auftrag der Hilfsorganisation Medico international erstellt hat, zeigt, wie sich in Moria die Europäische Union und ihre Mitgliedsländer, Griechenland, die Vereinten Nationen und Hilfsorganisationen die Verantwortung über Jahre so lange hin- und hergeschoben haben, dass am Ende niemand mehr für die menschenrechtswidrigen Zustände auf den EU-Hotspots politisch und juristisch verantwortlich gemacht werden konnte (Pichl 2021). Bildungseinrichtungen und -möglichkeiten gehören infolgedessen zu den prominentesten Opfern eines systematischen Wegschauens, Verhinderns und Versagens.

„Schulen“ der Flüchtlinge als Ausnahme von der Regel

Die Ausnahme von der Regel bildete die Spätphase des Lagers Moria ab Herbst 2019 bis zur Brandnacht im September 2020. In diesem Zeitraum von knapp einem Jahr bauten die visionärsten unter den Flüchtlingen in Moria ein halbes Dutzend unabhängiger „Schulen“. „Schulen“ von Flüchtlingen für Flüchtlinge. Kleine Zelte aus dünnen Holzlatten, lediglich überspannt mit dünnem, weißem Stoff und innen ausgelegt mit einer dünnen Matte. Das Ganze bei großer Hitze im Sommer und frostartiger Kälte im Winter. Trotz dieser schwierigen Bedingungen verfehlten die informellen, aus der Not geborenen „Schulen“ ihre Wirkung nicht: Stress, Depression und Gewalt konnten so zeitweilig und begrenzt auf einige Stellen im Lager zurückgedrängt werden. Hinzu kommt, dass Bildung bei den Eltern der Flüchtlingskinder oberste Priorität genießt. Diese sollen später in Europa eine gute Arbeit finden, unter anderem, um in der Heimat zurückgebliebene Angehörige zu unterstützen. Unterrichtsausfall ist für sie daher ein Worst-Case-Szenario. Einige der Lehrkräfte im Lager waren selbst Flüchtlinge. Sie konnten sich endlich nützlich machen und ihr Wissen aktiv einbringen. Denn als Empfänger von Spenden waren sie davor als Schutzsuchende bislang zur Passivität verdammt. Dieses Verharren in der Passivität kann erhebliche negative gesundheitliche Folgen haben, wie aufgrund von Studien zu Depression bis hin zu Suizid-Versuchen bekannt ist. Deshalb ist die Hilfe und Anregung zu mehr Eigeninitiative bei den Schutzsuchenden auch und gerade in Bildungsfragen elementar, um der oft einseitig interpretierten Richtung von Hilfe zu entkommen.

Jeder heftige Sturm vom Meer, jedes donnernde Gewitter drohten die dünnen Holz-Konstruktionen dem Erdboden gleichzumachen. Diese sogenannten Schulen haben keinen Strom und kein Licht, keine Heizung im Winter und keine Kühlung im Sommer. Um Wasser zu kühlen, hielten u.a. Erdmulden als Kühlschränk in Moria her.

Die „Schulen“ der Flüchtlinge wurden von der Lagerleitung in Moria zunächst skeptisch beäugt. Man befürchtete, es könnte unter ihrem Dach zu religiöser oder politischer Radikalisierung kommen. Eine Sorge, geboren aus dem wild wuchernden Hüttenbau in den Olivenhainen. Dieser Wildwuchs war zugleich Resultat des syste-

matischen Wegschauens von Lagerleitung, griechischen, europäischen Behörden und internationalen Organisationen.

Die Sorge vor Radikalisierung konnte sehr bald durch Fakten entkräftet werden. Der Unterricht in den Schulen enthielt offenbar keine verkappten Botschaften und nahm damit Fahrt auf. Zugleich fehlte es in Moria mit jedem Monat mehr an Ordnung und Sicherheit: also Mangel an Polizei und Ordnungskräften im „Olive Grove“, dem nicht eingezäunten Teil des Lagers. Kontinuierlich hatten griechische und europäische Akteure die Aufsicht über weite Teile des Lagers an Hilfsorganisationen übertragen, von denen einige aktiv und bemüht, andere sichtbar überfordert waren.

Kara Tepe: neues Lager, alte Probleme

Das Flüchtlingslager Kara Tepe (seit Ende Sept. 2020) ist im Gegensatz zu Moria kaserniert und vollständig umzäunt, wie ein Militärlager. Es bietet mehr Sicherheit als Moria. Die Rückseite der Medaille: Extensive Corona-Ausgangsbeschränkungen für die Schutzsuchenden sorgen nicht nur dafür, dass diese sich immer wieder wie in einem Gefängnis fühlen. Oft erscheinen die Beschränkungen unverhältnismäßig im Vergleich zu Helfern und einer lokalen Bevölkerung, die sich angesichts der außerhalb des Lagers geltenden Pandemie-Bedingungen viel freier bewegen dürfen.

Überhaupt gebiert die Pandemie ein ständiges Auf und Ab momentaner Maßnahmen, die die für ein Bildungsziel so notwendige Beständigkeit vermissen lassen. So wurde z. B. Ende April 2021 in Kara Tepe eine steigende Zahl positiver Fälle von Covid registriert. Die wenigen Bildungsangebote, die in den Monaten davor geschaffen wurden, mussten dabei vorübergehend wieder ausgesetzt werden. Ein kontinuierlicher Verlauf informeller Angebote ist so wiederholt unterbrochen. Ganz zu schweigen von der gewünschten Brücke zwischen informeller und formeller Bildung für Kinder und Jugendliche, die so immer schwerer aufrecht zu erhalten ist und oft genug Wunsch bleibt.

Notnagel informelle Bildung

Der Fortschritt ist bekanntermaßen hier eine Schnecke: Ab dem Sommer 2021 stand eine steigende Anzahl von Zelten im Lager Kara Tepe für informellen Unterricht zur Verfügung. Die oben zitierte RSA-Studie hatte offenbar ihre Wirkung nicht verfehlt und Teile der Aktivist:innen zu politischen Protestschreiben an europäische Entscheidungsträger und Politik veranlasst. Zugleich konnte im gleichen Zeitraum eine Reihe von Schutzsuchenden das Lager in Richtung griechisches Festland verlassen. So wurde Platz frei in Kara Tepe für bereits vorhandene sowie neue Zelte, die ab dem Sommer 2021 für informelle Bildungsangebote genutzt werden konnten. Verschiedene Akteure unter den Hilfsorganisationen bedienten sich dabei in der Not ungewöhnlicher Räumlichkeiten: So hat die Hilfsorganisation *Stand by Me Lesbos* mit einer Partnerorganisation in Kara Tepe zwei ausrangierte Busse zu mobilen Unterrichtsräumen umgebaut: Steuer und Sitzbänke wurden entfernt, eine Trennwand in der Mitte der Busse eingezogen. Klappstühle geben bis zu neun Teilnehmer:innen Platz in der Pandemie. Die umgebauten Fahrzeuge bilden einen der wenigen Internet-Hotspots im Lager. Weil im Lager unverändert, dem (Integration verhindernden) Status der EU-Hotspots folgend, v.a. Programme der informellen Bildung angeboten werden, sind Hilfsorganisationen dazu übergegangen, Angebote für Englisch, Deutsch, gelegentlich Griechisch, für einfaches Computer-Know-how, Musik, Zeichnen oder Malunterricht anzubieten. Einige der NGOs haben ihren Lern-Räumlichkeiten in Kara Tepe dabei Namenszusätze wie „Academy“ oder „Akademia“ gegeben, parallel versehen mit Fotografien, auf denen Schüler:innen im Unterricht in Zelten oder im Freien zu sehen sind und mit denen sie versuchen, Aufmerksamkeit zuhause zu bekommen und Spenden einzuwerben. So bemüht, fähig und qualifiziert ein Teil der Lehrer:innen dabei ist, so sehr fehlt es umgekehrt einer Anzahl vor allem freiwilliger Helfer:innen an der nötigen Qualifikation, als Lehrer:in oder Pädagog:in den Schutzsuchenden nachhaltiges Wissen zu vermitteln. Dies bestätigen nicht nur Gespräche, die ich mit Flüchtlingen geführt habe, sondern auch der Kontakt mit den Betroffenen selbst.

Zwischen informeller und formeller Bildung: Anhaltende Hindernisse auf Lesbos

Bei meinen Recherchen im Sommer 2021 zu diesem Beitrag versuchte ich mir ein möglichst breites Bild der Bildungssituation zu machen. Eine Schwierigkeit liegt v.a. in dem tiefen Graben zwischen informeller und formeller Bildung für die Schutzsuchenden: Wie finden Flüchtlingskinder auf Lesbos Anschluss an das staatliche griechische Bildungssystem? Wie wird einerseits sichergestellt, dass der informelle Unterricht in den Lagern regelmäßig und kontinuierlich stattfindet und dass dieser andererseits anerkannt und – idealerweise – verbrieft werden kann?

Mehrere Hunderte Flüchtlinge, die aufgrund der „Vulnerabilität“, die ihnen offiziell attestiert wurde, mittlerweile in der Stadt Mytilene leben und nicht mehr im Lager Kara Tepe, bekommen durch den Zugang zu urbanen Strukturen und die Hilfe griechischer wie internationaler Organisationen zwar relativ bessere Unterrichtsangebote als im Lager. In der Regel aber werden ihre Ergebnisse nicht zertifiziert, also adäquat dokumentiert, was für das weitere Schulleben der Schutzsuchenden so wichtig wäre. Mir wurde diese Grenze bewusst, als ich im Frühjahr 2021 anfang, junge Afghanen und Afghaninnen aus Moria in Deutschland zu betreuen. Diese hatten zuvor knapp ein Jahr lang in Moria Unterricht erhalten, einige sich daneben sogar als unter 18-Jährige dabei selbst als Englisch-Lehrer für Kinder im Grundschulalter betätigt. Die tägliche Praxis ließ sie an der Aufgabe wachsen. Da die Flüchtlingschulen in Moria aber nicht offiziell registriert, geschweige denn anerkannt wurde, fehlte den Beteiligten für diese Schul-, Unterrichts- und/oder Lernphase ein entscheidender Nachweis, der ihnen im EU-Ausland, in Österreich oder in Deutschland weiterhelfen und Türen zu öffnen vermag.

Eine Quintessenz daraus lautet, dass auf Lesbos und in den EU-Hotspots der Ägäis alle Schutzsuchenden so gut wie möglich mit ihren Qualifikationen und Bildungshintergründen erfasst werden sollten: so wie auf einem digitalen Markt für Bildung und Arbeit, in dem Akteure nach qualifiziertem Personal suchen.

Daneben gibt es erste, hoffnungsvoll klingende Schritte zu einer Vernetzung aller Akteure im Bildungsbereich: So haben Unicef und Vertreter der Vereinten Nationen und einer Reihe von Hilfsorganisa-

tionen auf Lesbos eine Online-Plattform ins Leben gerufen, auf der seit Sommer 2021 Angebote für informelle Bildung im Lager Kara Tepe gesammelt werden, für Kinder wie für Erwachsene. Ziel der Plattform *Education in Lesbos* ist nach eigener Aussage, alle „Akteure und Nutzer der Plattform dabei zu unterstützen, relevante Informationen über die Verfügbarkeit und Kapazität von Bildungs- und Voringegrationsprogrammen auf Lesbos zu finden.“ Die Plattform möchte so u. a. NGOs und lokale Anbieter von Bildungsangeboten vernetzen und auf laufende Veranstaltungen aufmerksam machen. Ob und inwiefern auch Schutzsuchende selbst qua Qualifikation oder Erfahrung Lehrangebote anbieten und sich einbringen können, war zum Zeitpunkt dieses Berichtes noch nicht eindeutig geklärt. Ein positiver Effekt des Online-Netzwerks dürfte sein, dass so die Auslastung der Zelte im Flüchtlingslager optimiert und Ausfallzeiten minimiert werden. Zugleich bemühen sich die Akteure dieser Online-Plattform, den Druck auf die (griechische) Lagerleitung zu erhöhen: Denn immer noch wird lernwilligen Schutzsuchenden, wenngleich sie Covid-negativ sind, der Weg zur nächstgelegenen Bildungseinrichtung außerhalb des Lagers verwehrt, ohne dass es dafür ersichtliche Gründe gibt. Hier drängt sich der Eindruck auf, dass die Corona-Pandemie zu politischen Zwecken genutzt wird. Zugleich setzt sich angesichts solch eines Versuchs der digitalen Vernetzung langsam, aber sicher bei einer wachsenden Zahl von Menschen auf Lesbos die Erkenntnis durch, dass es ohne ein Mindestmaß an politischer Integration nicht geht. Beispiel: Olivenbauern auf der Insel fangen an, darüber nachzudenken, ob und wie sie die Arbeitskraft, aber auch das technische Know-how von Schutzsuchenden nutzen können, damit ihre Felder maximal bewirtschaftet werden können.

Scheitern von Inklusion und Integration als nicht gewollte Konzepte

Bis in den Sommer 2021 ist dieses Thema weitgehend tabu (gewesen). In der Insel-Hauptstadt sind Ideen, Pläne und Konzepte der Inklusion und Integration, die es durchaus gibt, politisch offiziell nicht gewollt. Der oben genannte RSA-Report spricht von Protesten gegen Flüchtlinge durch griechische Eltern im Frühjahr 2021 und gegen die Einbeziehung von Flüchtlingskindern in öffentlichen

Schulen in Mytilene. Gleichzeitig verteidigen aber auch griechische Lehrer:inneninitiativen und Gewerkschaften das Recht auf Bildung für Flüchtlingskinder. Ihre Eltern und Großeltern sind oft selbst aus der Türkei im Zuge der ethnischen Säuberungen 1922 vertrieben worden.

Das Scheitern Europas und die Folgen

Ausgezogen aus ihrer Heimat, als Hoffnungsträger der Menschheit, wächst in den Lagern von Lesbos und der Ägäis so eine tief frustrierte, betrogene und oft symptomatisch depressive junge Generation heran. Es handelt sich um Tausende von Kindern, die oft seit Jahren keinen Unterricht gesehen haben. Ohne Inspiration, ohne Lachen und pädagogische Anstöße sind die Perspektiven dieser jungen Flüchtlingsgeneration auf Lesbos düster. So steht bis in den Herbst 2022 unverändert der Bau eines neuen, über 60 Millionen Euro teuren Flüchtlingslagers auf Lesbos an, das tief im Inneren der Insel entstehen soll, abseits der Zivilisation im größten Nadelwald der Insel – umzäunt von Stacheldraht und Mauern, so vermuten Kritiker:innen, und rekordverdächtigen Sicherheitsvorkehrungen. Anwält:innen, Bildungsexpert:innen und Menschenrechtler:innen fragen bereits jetzt: Werden die vielen Kinder von Moria dann eine Schule besuchen können? Was ist mit Chancengleichheit? Und werden sich Einheimische und Flüchtlinge dann überhaupt noch begegnen? Selten waren Widersprüche und Scheitern Europas offensichtlicher.

Literatur

- Pichl, Maximilian (2021): Der „Moria-Komplex“. Verantwortungslosigkeit, Unzuständigkeit und Entrechtung fünf Jahre nach dem EU-Türkei-Abkommen und der Einführung des Hotspot-Systems. Online unter: https://www.medico.de/fileadmin/user_upload/media/studie-der-moria-komplex.pdf [Abgerufen: 12.8.2021].
- Refugee Support Aegean (2021): Excluded and Segregated. The vanishing education of refugee children in Greece. Online unter: <https://rsaegean.org/en/excluded-and-segregated-the-vanishing-education-of-refugee-children-in-greece/> [Abgerufen: 20.8.2021].

Assimina Gouma, Iris Mendel, Petra Neuhold

Mind the Gap

Das (uneingelöste) Versprechen von Bildung

Schulheft 184/2021

Studien**Verlag**

IMPRESSUM

schulheft, 46. Jahrgang 2021

© 2021 by StudienVerlag Innsbruck

ISBN 978-3-7065-6158-7

Layout: Sachartschenko & Spreitzer OG, Wien

Umschlaggestaltung und Umschlagillustration: Anna Großmann

Herausgeber*innen: Verein der Förderer der Schulhefte, Stiftgasse 8,
A-1070 Wien

Grete Anzengruber, Eveline Christof, Ingolf Erler, Barbara Falkinger, Florian
Jilek-Bergmaier, Julia Köhler, Gabi Lener, Peter Malina, Petra Neuhold,
Erich Ribolits, Josef Seiter, Michael Sertl

Redaktionsadresse: schulheft, Stiftgasse 8 A-1070 Wien;

E-Mail: kontakt@schulheft.at

Internet: www.schulheft.at

Redaktion dieser Ausgabe: Assimina Gouma, Iris Mendel, Petra Neuhold

Verlag: Studienverlag, Erlenstraße 10, A-6020 Innsbruck; Tel.: 0043/512/395045,

Fax: 0043/512/395045-15; E-Mail: order@studienverlag.at

Internet: www.studienverlag.at

Bezugsbedingungen: schulheft erscheint viermal jährlich.

Jahresabonnement: € 42,20

Einzelheft: € 18,90

(Preise inkl. MwSt., zuzügl. Versand)

Die Bezugspreise unterliegen der Preisbindung. Abonnement-Abbestellungen müssen
spätestens 3 Monate vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

Aboservice:

Tel.: +43 (0)512 395045, Fax: +43 (0)512 395045-15

E-Mail: aboservice@studienverlag.at

Geschäftliche Zuschriften – Abonnement-Bestellungen, Anzeigenaufträge usw. –
senden Sie bitte an den Verlag. Redaktionelle Zuschriften – Artikel, Presseaus-
sendungen, Bücherbesprechungen – senden Sie bitte an die Redaktionsadresse.

Die mit dem Verfassernamen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Fall
die Meinung der Redaktion oder der Herausgeber wieder. Die Verfasser sind ver-
antwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen Redaktion und Verlag keine
Haftung. Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge sind urheber-
rechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheber-
rechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigung, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung
und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Offenlegung laut § 25 Mediengesetz:

Unternehmensgegenstand ist die Herausgabe des schulheft. Der Verein der Förde-
rer der Schulhefte ist zu 100 % Eigentümer des schulheft.

Vorstandsmitglieder des Vereins der Förderer der Schulhefte:

Eveline Christof, Barbara Falkinger, Florian Jilek-Bergmaier, Michael Sertl.

Grundlegende Richtung: Kritische Auseinandersetzung mit bildungs- und gesell-
schaftspolitischen Themenstellungen.